

Potsdam, 08.06.2021

Pressemitteilung

Zu den Ergebnissen der Kabinettssitzung teilt Regierungssprecher Florian Engels mit:

<u>Drei Länder – ein Projekt: Kabinett stimmt Abkommen</u> <u>mit Niedersachsen und Thüringen zur Weiterentwicklung</u> der "Schul-Cloud" zu

Brandenburg, Niedersachsen und Thüringen entwickeln ihre länderspezifischen Bildungs- und Schul-Clouds gemeinsam weiter. Die brandenburgische Landesregierung hat heute einer entsprechenden länderübergreifenden Vereinbarung zugestimmt.

Schon im Jahr 2018 haben die drei Bundesländer ein gemeinsames Projekt initiiert: Unabhängig voneinander wurden auf Basis der "HPI Schul-Cloud" des Potsdamer Hasso-Plattner-Instituts (HPI) eigene Landeslösungen aufgebaut und auf spezifische Bedürfnisse zugeschnitten – in Brandenburg als "Schul-Cloud Brandenburg", in Niedersachsen als "Niedersächsische Bildungscloud" und in Thüringen als "Thüringer Schulcloud".

Das vom Bund geförderte Forschungsprojekt des HPI läuft Ende Juli 2021 aus. Die Schul-Cloud Brandenburg soll den Schulen hier langfristig als **digitale Lern- und Arbeitsumgebung** zur Verfügung stehen. Mit dem jetzigen Abkommen vereinbaren die drei Länder, das Forschungsprojekt "Schul-Cloud" gemeinsam zu übernehmen und für die schulische sowie berufliche Bildung weiterzuentwickeln. In Brandenburg arbeiten derzeit fast **700 von 915 Schulen** mit der Schul-Cloud. Zu Beginn der Corona Pandemie waren es nur gut 50.

Bildungsministerin <u>Britta Ernst</u>: "Die **Pandemie** gab einen **gewaltigen Schub** mit einer Infrastruktur, die wir dauerhaft nutzen wollen. Die pandemiebedingten Lockdowns mit geschlossenen Schulen und eingeschränktem Schulbetrieb in den zurückliegenden Monaten haben uns noch einmal vor Augen geführt, wie wichtig es ist, Schulen, Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern eine gute IT- Infrastruktur und eine digitale Lern- und Arbeitsumgebung anzubieten. Mit der Schul-Cloud Brandenburg haben wir gute Erfahrungen gemacht und bieten damit eine leistungsstarke, entwicklungsfähige und datensichere Cloud-Lösung auch bei hohen Zugriffszahlen an. Wie geplant, soll sie in einen **Regelbetrieb** überführt werden. Mit der länderübergreifenden Vereinbarung werden wir für diese Lösung einen wichtigen Schritt machen."

Staatskanzlei

Der Regierungssprecher

Heinrich-Mann-Allee 107 14473 Potsdam

Chef vom Dienst

Fax:

Hausruf: (03 31) 8 66 – 12 51

(03 31) 8 66 – 13 56 (03 31) 8 66 – 13 59 (03 31) 8 66 – 14 16 www.brandenburg.de

Internet: www.brandenburg.de
E-Mail: presseamt@stk.brandenburg.de

Seite 2

Staatskanzlei Presse- und Informationsamt

Hinweis:

Die Landesregierung in Niedersachsen entscheidet ebenfalls am heutigen Dienstag über das Abkommen, in Thüringen wird das Kabinett voraussichtlich am 15. Juni 2021 dazu beraten und beschließen.